



Medienmitteilung von CO₂ Abgabe e.V. und UnternehmensGrün e.V.:

CO₂ Preis in den Koalitionsvertrag!

Berlin, 27.10.2017: Etwa 150 Experten und Interessierte von Unternehmen, Verbänden, der Wissenschaft und aus der Politik folgten der Einladung des Vereins CO₂ Abgabe, der GLS Bank und UnternehmensGrün und diskutierten, welche Möglichkeiten der CO₂-Bepreisung nun notwendig sind, um die nationalen Klimaschutzziele zu erreichen.

Mitten in den Jamaika-Sondierungsgesprächen konnte die Forderung nach einer CO₂ Abgabe prominent platziert werden – Unterstützung gab es von Vertretern aller Parteien, die derzeit an den Sondierungsgesprächen teilnehmen (CDU, FDP, Grüne). Denn die CO₂-Steuer als wettbewerbskonformes und technologieneutrales Instrument hat nicht nur den Charme, sondern auch das Potential für einen Kompromiss in einer möglichen Jamaikakoalition. Aus FDP, CDU und Grünen haben sich bereits vor einer Woche Mitglieder des Bundestages aus Südbaden öffentlich zur Neuausrichtung der Steuern und Umlagen am Klimaschutz mittels CO₂-Preis bekannt und sind dem CO₂ Abgabe e.V. beigetreten. Eine gerechte Klimaabgabe auf Kohle, Erdöl und Erdgas würde auch die erneuerbaren Energien wettbewerbsfähiger machen. Deshalb möchte sich Armin Schuster, CDU Bundestagsabgeordneter für Lörrach-Müllheim, dafür einsetzen, „eine Klausel in die Koalitionsverhandlungen einzubringen, die uns drei Parteien bindet, entsprechende Szenarien durchzuplanen.“

„Bürokratieabbau verbunden mit Klimaschutz durch marktwirtschaftliche Ansätze ist eine beachtliche Idee“, findet der frisch gewählte südbadische FDP-Abgeordnete, ehemalige Bürgermeister und Forstwissenschaftler Dr. Christoph Hoffmann.

"Während das Gesetz zur Förderung der erneuerbaren Energien (EEG) sein Versprechen günstiger Preise für Photovoltaikanlagen und Windräder eingelöst hat, greifen Instrumente wie der Emissionshandel zu kurz oder sind, wie auch das EEG, inzwischen zu kompliziert. Und deswegen, sagen wir, muss man nun von der anderen Seite herkommen: Die fossilen Energien müssen z.B. mit einer CO₂ Abgabe finanziell so belastet werden, dass es schwerer wird die Atmosphäre ungeniert als Mülldeponie für Treibhausgase zu missbrauchen." fasst Kerstin Andreae, Bündnis90/Die Grünen das Engagement der drei MdBs für eine Neuorientierung von Steuern & Umlagen am Klimaschutz zusammen.

Schon im Vorfeld der Veranstaltung hatten sich 15 führende Energie- und Klimaschutzexperten zur Frage CO₂-Bepreisung zu Wort gemeldet¹. „Unser Vorschlag bringt mehr Marktwirtschaft und mehr Fokussierung auf Klimaschutz. Darüber hinaus enthält er die Chance, Komplexität in der gegenwärtigen Abgaben- und Umlagenstruktur erheblich zu reduzieren“, ist der Initiator der gemeinsamen Erklärung, Andreas Kuhlmann (Vorsitzender der Geschäftsführung, Deutsche Energie Agentur GmbH) überzeugt.

„Mit der Veranstaltung konnten wir der gemeinsamen Erklärung Nachdruck verleihen und weitere Mitstreiter gewinnen“, so Jörg Lange (Vorstand des CO₂ Abgabe e.V.).

¹ <https://www.dena.de/newsroom/meldungen/2017/energie-und-klimaschutzexperten-fordern-staerkere-co2-bepreisung/>

- Die Veranstalter forderten Leitplanken für einen Passus im Koalitionsvertrag, der
- ✓ eine Konkretisierung und Ausweitung einer CO₂-Bepreisung auf alle Sektoren (Strom, Wärme, Verkehr) konform zum Europäischen Emissionshandel, z.B. als deutsch-französische Initiative, erlaubt und einen entsprechenden Prüfungsauftrag dazu enthält,
 - ✓ eine aufkommensneutrale Steuererhöhung nicht ausschließt und z.B. zusätzliche Einnahmen aus einer CO₂-Steuer oder einem CO₂-Mindestpreis zur Entlastung der Bürger und Unternehmen z.B. zur Reduktion der EEG-Umlage vorsieht und
 - ✓ die Besteuerung der fossilen Energieträger statt an ihrem Energiegehalt wie bisher (Erdöl, Gas, Benzin, Diesel und Kohle usw.) weitgehend an ihrem Treibhausgaspotential ausrichtet

"Wollen wir die Klimaziele stemmen - und diesen Willen haben wir als Gesellschaft spätestens durch die Ratifikation des Pariser Klimaabkommens verbindlich erklärt - so braucht es eine Verteuerung der fossilen Brennstoffe. Hierfür ist die Lenkungsabgabe auf CO₂ ein probates und zielführendes Mittel. Die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft ist kein Selbstläufer sondern muss zu ihrem Gelingen proaktiv gestaltet werden." formuliert Thomas Jorberg (Vorstandssprecher der GLS-Bank) eine Aufgabe für die Koalitionsverhandlungen.

Die Forderung nach einer stärkeren CO₂ Bepreisung finden auch Zuspruch in der Wirtschaft. „Die Unternehmen sind heute schon weiter als die Politik, viele rechnen bereits heute CO₂ Preise von 30, 40 Euro je Tonne ein“ weiß Dr. Katharina Reuter, Geschäftsführerin von UnternehmensGrün, dem Bundesverband der grünen Wirtschaft. „Höchste Zeit, dass die Politik nachzieht“, fordert sie.

Medienkontakt

Dr. Jörg Lange, CO₂ Abgabe e.V., joerg.lange@co2abgabe.de

Tel. 0761-4587170 (mobil 01573-7055619)

Dr. Katharina Reuter, UnternehmensGrün e.V., Mobil: +49 (0) 178 44 81991

reuter@unternehmensgruen.de

Hintergrund:

Wirksame CO₂-Preise sind eine notwendige Bedingung für einen erfolgreichen Klimaschutz. Sie werden derzeit entweder als CO₂-Steuer (preisbasierte Steuerung) oder als CO₂-Emissionshandels-System (Zertifikatehandel zur mengenbasierten Steuerung) umgesetzt. Viele europäische Länder haben eigene Klimaschutzziele und Maßnahmenprogramme und trotz der Teilnahme am Emissionshandel CO₂ Steuern für bestimmte Emissionsbereiche mit sehr unterschiedlichen Höhen eingeführt. Deutschland ist bisher nicht darunter. Kein Land hat bisher jedoch wirksame CO₂-Preise für alle energiebedingten Emissionen. Der europäische Emissionshandel (EU-ETS) umfasst derzeit etwa 45% der Emissionen aus etwa 12.000 großen Kraftwerken und Industrieanlagen. Die derzeitigen europäischen Reduktionsziele des EU-ETS sind jedoch bei weitem nicht ausreichend, um die mit dem Pariser Klimaschutzabkommen vereinbarten Ziele zu erreichen.

Eine CO₂-Steuer auf fossile Energieträger wäre im Gegensatz zu Subventionen in ihrer Wirkung wettbewerbskonform und technologieneutral. Eine pragmatische und erfolgreiche Klimapolitik sollte daher nicht allein auf den mengenbasierten europäischen Emissionshandel setzen, sondern wirksame preisbasierte Instrumente ergänzen, die kompatibel zum Emissionshandel und zum Europa- und Welthandelsrecht sind.

Ausführliche Informationen unter: www.co2abgabe.de